



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

FAKTEN ZUM EURO



Sicherheit durch Stabilität.

März 2023

Wenn Sie Fragen haben, kontaktieren Sie uns!

OeNB-Info-Center:

Tel.: +43 1 40420-6666

E-Mail: oenb.info@oenb.at

Regionaler OeNB-Standort Innsbruck:

Tel.: +43 512 90 81 00-0



Impressum

Medieninhaberin und Herausgeberin:

Oesterreichische Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Verlags- und Herstellungsort:

Oesterreichische Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2023



FAKTEN ZUM EURO

Am 1. Jänner 1999 wurde unsere gemeinsame Währung als Buchgeld eingeführt, seit 2002 gibt es den Euro auch als Bargeld. Die Österreicherinnen und Österreicher schätzen den Euro nach wie vor: 70 Prozent sind mit dem Euro als Währung zufrieden.¹

Der Euro ist aufgrund der wirtschaftlichen Stärke der Euro-Länder rasch zu einer anerkannten Weltwährung geworden und hat den rund 347 Millionen Menschen in den seit 2023 nun 20 Ländern des Euroraums viele Vorteile gebracht. Insbesondere exportorientierte Länder wie Österreich haben profitiert. Viele wirtschaftliche Vorteile sprechen für eine gemeinsame Währung, aber eben auch das politische Umfeld. In einer globalisierten Welt gilt es, politisch eng zusammenzuarbeiten, um den Euro nachhaltig stabil zu halten. Ohne Zweifel befindet sich die Europäische Union (EU) derzeit in einer schwierigen Lage: Erstmals seit der Gründung hat ein Mitgliedsland – das Vereinigte Königreich – mit 31. Jänner 2020 die EU verlassen (Brexit). Zugleich hat sich die geopolitische Lage verändert und Einigkeit in der EU ist mehr denn je notwendig um diesen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können. In der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten tiefen Rezession unterstützte das Eurosystem mit seinen Maßnahmen die Erholung der Wirtschaft. Der im Februar 2022 ausgebrochene Krieg in der Ukraine hatte ebenfalls Auswirkungen auf die aktuelle Wirtschaftsentwicklung, nicht nur in Österreich, sondern weltweit.

¹ Quelle: OeNB-Barometer (2. Halbjahr 2022).



Inflationsprognosen für 2023 und 2024

Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate lag in Österreich im Jahr 2022 bei 8,6%. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Die COVID-19-Pandemie hatte massive Störungen der Weltwirtschaft und Preissprünge bei Rohstoffen zur Folge. Zusätzlich hat der Krieg in der Ukraine die Energiepreise explodieren lassen. Die EZB hat aber schon im Jahr 2022 begonnen, durch eine Reihe von Zinserhöhungen die Inflation wieder auf rund 2% Prozent zu bringen. Die Prognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) von Dezember 2022 erwartet für die Jahre 2023 und 2024 eine Inflationsrate von 6,5% bzw. 3,6%.

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) hat aufgrund tiefgreifender struktureller weltwirtschaftlicher Veränderungen der vergangenen Jahre (lang anhaltendes niedriges Zinsniveau, Klimakrise, Digitalisierung u.v.m.) eine Überprüfung der geldpolitischen Strategie in die Wege geleitet. Dabei wurde das schon bisher angestrebte Ziel – Preisstabilität weiterhin mittelfristig zu definieren sowie eine Inflationsrate von 2% anzustreben – bestätigt. Eine dauerhaft niedrige Inflation schützt die Menschen vor der Entwertung ihrer Ersparnisse, trägt zur Sicherung der Kaufkraft bei und hilft Unternehmen bei ihren Planungen für die Zukunft, da die Unsicherheit über zukünftige Preisentwicklungen verringert wird. Allerdings birgt eine allzu niedrige Inflationsrate über einen längeren Zeitraum hinweg auch Gefahren in sich: Erwarten Konsumentinnen und Konsumenten nämlich weiter sinkende Preise, werden sie große Konsumausgaben aufschieben. Dies verschärft die negativen Wirkungen auf die Wirtschaft, ein Abgleiten in die Rezession (rückläufige Wirtschaftsleistung) und steigende Arbeitslosigkeit können die Folge sein. Die Vermeidung eines anhaltenden Rückgangs des Preisniveaus (Deflation) ist daher ebenso das Ziel der Zentralbanken wie die Vermeidung von hoher Inflation.

Gefühlte versus tatsächliche Inflation

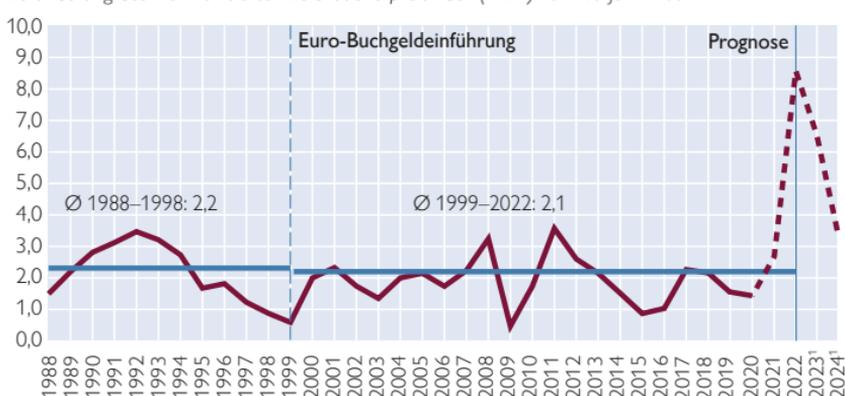
Für die Berechnung der Inflationsrate wird ein Warenkorb verwendet, der von einem durchschnittlichen Haushalt konsumiert wird. Der Warenkorb basiert im Wesentlichen auf Konsumerhebungen bei der Bevölkerung und umfasst repräsentativ rund 800 Güter und Dienstleistungen, für die die Haushalte vorwiegend ihr Geld ausgeben. Konsumentinnen und Konsumenten nehmen



Preisveränderungen bei Waren des täglichen Bedarfs aber stärker wahr als Preisveränderungen bei langlebigen Konsumgütern, wie z. B. TV-Geräten oder Computern. War früher der Preis für Brot ein Indikator für die gefühlte Inflation, so ist dies heute der Preis für Treibstoffe. Wenn die Waren des täglichen Bedarfs teurer werden, liegt mitunter die gefühlte Inflation über der tatsächlich gemessenen. Auch der Vergleich der heutigen Euro-Preise mit seinerzeitigen Schilling-Preisen führt oft zu Kritik in der Bevölkerung. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass auch das Schilling-Preisniveau aufgrund der Inflation heute erheblich höher wäre als damals.

Gefühlte versus tatsächliche Inflation

Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

¹ Prognose der OeNB vom Dezember 2022.

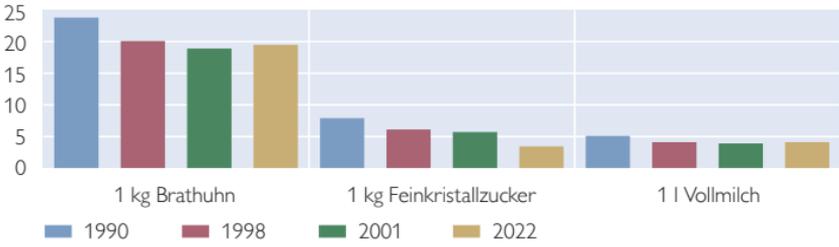
Die Kaufkraft hingegen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durchaus unterschiedlich entwickelt. Je nach Produkt kann die Kaufkraft heute gleich groß, manchmal geringer oder oftmals größer sein als vor 10, 20 oder 30 Jahren.

Nimmt man als Bezugsgröße für die Kaufkraft das Einkommen und den Arbeitsaufwand einer Arbeitskraft in der Industrie², so zeigen Berechnungen des WIFO aus dem Jahr 2022, dass für ein Kilo Feinkristallzucker im Jahr 2020 3,4 Minuten Arbeitszeit aufgewendet werden musste; im Jahr 1998 waren es noch 6,1 und 1990 gar 7,9 Minuten. Für einen Liter Milch musste eine Arbeitskraft in der Industriebranche 2022 4,0 Minuten arbeiten, verglichen mit 5,1 im Jahr 1990. Die Kaufkraft des Euro hat sich jedoch bei manchen Dienstleistungen (z. B. Friseur oder KFZ-Mechaniker) infolge überdurchschnittlicher Preissteigerungen in den letzten Jahren

² Preisentwicklung laut VPI, Brutto- und Nettojahresverdienste (inkl. Sonderzahlungen, exkl. Abfertigungen) von Arbeitskräften in der Industrie (inkl. Lehrlinge, exkl. Heimarbeiter) geteilt durch die durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstunden.

Wie viele Minuten¹ muss man für ausgewählte Nahrungsmittel arbeiten?

in Minuten

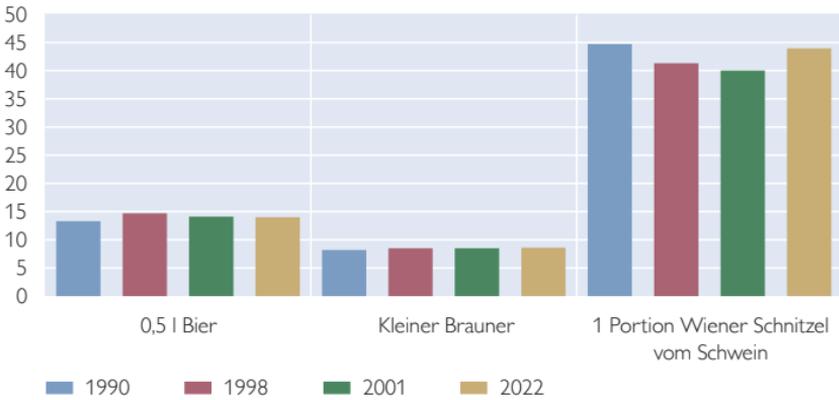


Quelle: WIFO.

¹ Kaufkraftvergleich für Industriearbeiter, berechnet auf Basis von VPI-Indexveränderungen.

Wie viele Minuten¹ muss man für ausgewählte Speisen und Getränke im Restaurant arbeiten?

in Minuten

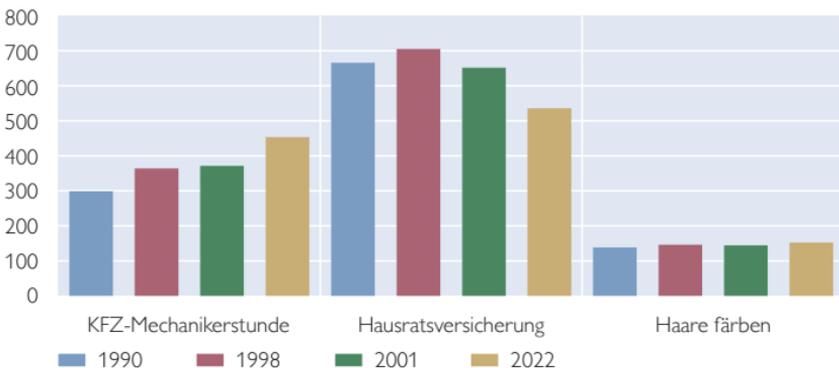


Quelle: WIFO.

¹ Kaufkraftvergleich für Industriearbeiter, berechnet auf Basis von VPI-Veränderungen.

Wie viele Minuten¹ muss man für ausgewählte Dienstleistungen arbeiten?

in Minuten



Quelle: WIFO.

¹ Kaufkraftvergleich für Industriearbeiter, berechnet auf Basis von VPI-Indexveränderungen.

etwas verringert. Für die Bezahlung der jährlichen Hausratsversicherung im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 1998 ist deutlich weniger Arbeitsaufwand erforderlich.

Weitere Informationen zu Ihrer Inflation finden Sie in der persönlichen InflationsApp auf www.eurologisch.at.

Der Euro bringt höhere Preistransparenz und fördert den Tourismus

In allen Ländern des Euroraums kann mit dem Euro bezahlt werden. Der Wegfall des Währungstausches erspart österreichischen Urlaubenden innerhalb des Euroraums und auch Reisenden aus dem gemeinsamen Währungsraum, die nach Österreich kommen, in der Regel teure Wechselspesen. Auch über Bargeld kann leicht und günstig im Euroraum verfügt werden: Mit der Bankomat-Karte aus Österreich kann man in jedem Euro-Land Bargeld zu den gleichen Konditionen wie im Inland beheben.

Durch die einheitliche Währung ist auch der Preisvergleich von Waren und Dienstleistungen innerhalb des Euroraums einfacher geworden.

Preistransparenz ist für Verbraucherinnen und Verbraucher gut, da es durch einen Preisvergleich – etwa über das Internet möglich wird, Waren beim günstigsten Anbieter im Euroraum zu kaufen, ohne dabei schwankende Wechselkurse oder Umtauschkosten berücksichtigen zu müssen.

Die durch die einheitliche Währung erhöhte Preistransparenz trägt auch dazu bei, die Inflation im Eurosystem durch den stärkeren Wettbewerb besser unter Kontrolle halten zu können.

Der Euro verbilligt und verbessert Finanzdienstleistungen

Der Euro bringt mehr Wettbewerb bei Banken, Versicherungen sowie bei Pensions- und Investmentfonds. Die Konsumentinnen und Konsumenten können auch länderübergreifend die Angebote vergleichen. Dadurch sind die Kosten für diese Dienstleistungen gesunken.

Der Euro schützt vor Währungsspekulationen

Der Euro hat sich schnell als wichtige Weltwährung etabliert. Die kleine Volkswirtschaft Österreich ist mit der Weltwährung

Euro besser gegen internationale Währungsspekulationen geschützt.

Der Euro bringt unseren Unternehmen Vorteile

Mit der Einführung des Euro fielen Wechselkursschwankungen, Wechselkursrisiken und Transaktionskosten für Zahlungen in unterschiedlichen Währungen innerhalb des Euroraums weg, die in der Vergangenheit den grenzüberschreitenden Handel und Wettbewerb behinderten. Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA (Single Euro Payments Area) brachte zusätzlich Vorteile beim bargeldlosen Zahlungsverkehr in ganz Europa. Überweisungen erfolgen nun schneller, sicherer und in der Regel auch günstiger.

Darüber hinaus können Kundinnen und Kunden von teilnehmenden Banken mit dem Service TIPS (TARGET Instant Payment Settlement) EU-weit Überweisungen innerhalb weniger Sekunden durchführen, sodass die Empfängerin bzw. der Empfänger über den Betrag umgehend verfügen kann.

Der Binnenmarkt und der Euro sind also gut für Österreichs Unternehmen. Sie ersparen sich erhebliche Kosten für die Absicherung gegen Wechselkursrisiken bei Exporten.

Seit der Einführung des Euro erhöhten sich die Exporte von Gütern und Dienstleistungen von rund 40% auf rund 60% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nahezu 60% der nominellen Exporte von Waren und Dienstleistungen gehen in den Euroraum. Seit dem Jahr 1999 exportiert Österreich durchgängig mehr Güter und Dienstleistungen, als es importiert. Die österreichische Leistungsbilanz weist seit 2002 einen Überschuss aus.

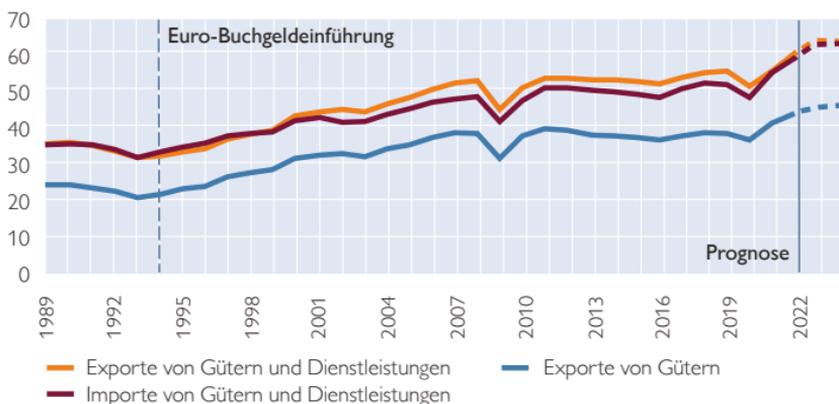
Der Internationalisierungsgrad der österreichischen Wirtschaft – ein Maß dafür sind die Direktinvestitionen in Relation zur Wirtschaftsleistung – hat sich dynamisch entwickelt. So haben sich die aktiven Direktinvestitionen (Bestände) von Österreichs Unternehmen zwischen 1999 und 2021 von 9 % des nominellen BIP auf rund 56% gesteigert. Ebenso stiegen die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich von rund 12% vor der Einführung des Euro (1999) auf rund 46% (2021) des BIP. Österreich hat hier als kleines, exportorientiertes Land überproportional profitiert.

Die erhöhte Außenhandelsverflechtung verstärkt allerdings die Abhängigkeit Österreichs von der internationalen Konjunktur-entwicklung. Die weltweite Wirtschaftskrise vor mehr als

Euro stärkt Österreichs Exportwirtschaft – Leistungsbilanz dreht in Aktivum

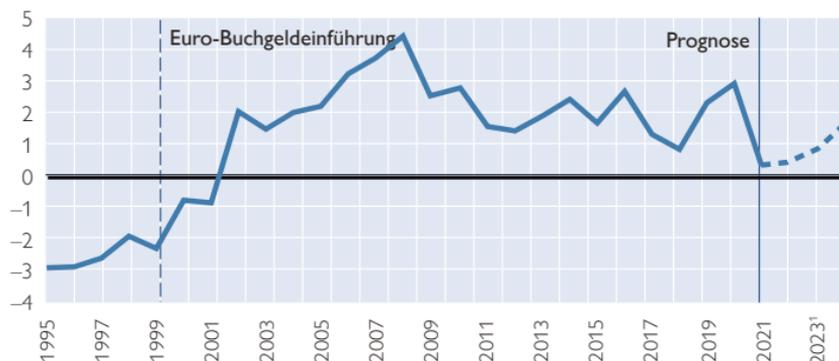
Export- und Importquoten

in % des nominellen BIP



Leistungsbilanzsaldo

in % des nominellen BIP



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

¹ Prognose der OeNB vom Dezember 2022.

10 Jahren führte zu einem Rückgang der realen Güter- und Dienstleistungsexporte Österreichs im Jahr 2009 von 15%. Die österreichische Wirtschaft hat dies jedoch gut gemeistert.

Der Euro hat in den vergangenen Krisen Jahren Österreich und den gesamten Währungsraum durch Preis- und Wechselkursstabilität vor noch schlimmeren Folgen bewahrt.

Im Jahr 2012 kam aufgrund der Staatsschuldenkrise die wirtschaftliche Erholung der Jahre 2010/11 mit einem realen BIP-Wachstum von nur 0,7% wieder zu einem Ende. 2013 und 2014 konnte in Österreich nur mehr ein Wachstum von 0,0% bzw. 0,7% erreicht werden. Im Jahr 2015 blieb das Wirtschaftswachstum bei 1,0%. Eine Beschleunigung der Konjunktur war 2016 mit 2,0% erkennbar. In den Jahren 2017 und 2018 beschleunigte sich das BIP-Wachstum auf 2,3% bzw. 2,4%. Aufgrund der nachlassenden internationalen Konjunktorentwicklung war 2019 ein Rückgang auf 1,5% zu verzeichnen. Die COVID-19-Pandemie hat im Jahr 2020 zum tiefsten und abruptesten Konjunkturrein-

bruch der Nachkriegsgeschichte in Österreich geführt. Im Jahr 2020 kam es zu einem Wirtschaftseinbruch von $-6,5\%$. Der im Jahr 2022 begonnene Krieg in der Ukraine hat die sich erholende Konjunktur, nicht nur in Österreich, eingetrübt. Für das Jahr 2023 wird derzeit ein Wachstum von rund $0,6\%$ und für das Folgejahr von rund $1,7\%$ prognostiziert.

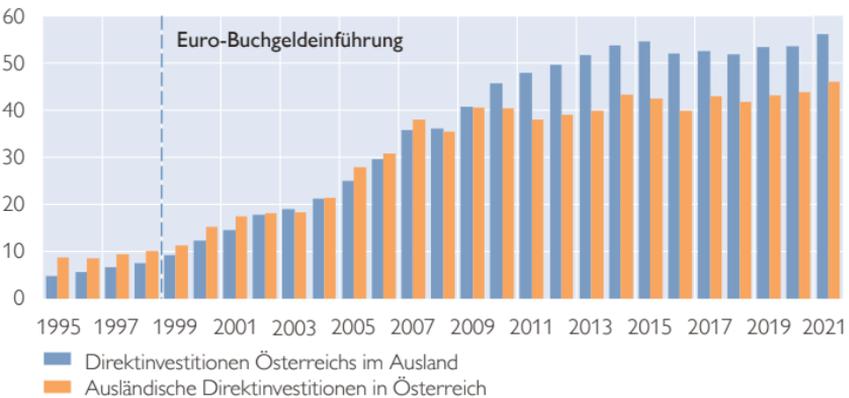
Profitiert Österreichs Volkswirtschaft vom Euroraum?

Für Österreich eröffnet sich mit dem Euroraum und seinen rund 347 Millionen Menschen (2022) ein wechselkursstabiler Wirtschaftsraum, der 39-mal mehr Menschen beheimatet und dessen Wirtschaftsleistung mit rund 13.406 Mrd EUR rund 30-mal größer ist als jene der heimischen Volkswirtschaft – Fakten, die für Österreich Vorteile brachten. Österreichs wettbewerbsfähige Wirtschaft konnte die Vorteile der europäischen Integration und des Euro besser als viele andere Länder im Euroraum nutzen. Österreichs Volkswirtschaft wuchs real in diesem wechselkursstabilen Umfeld von 1999 bis 2022 um durchschnittlich $1,6\%$ pro Jahr.

Die Entwicklung auf Österreichs Arbeitsmarkt ist im Vergleich zu anderen Ländern günstig: Seit 1999 wuchs die Österreich ist Teil eines leistungstarken Wirtschaftsraums unselbstständige Beschäftigung um knapp 1% pro Jahr. Mit $4,8\%$ hatte Österreich 2022 eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten (laut Eurostat) im Euroraum.

Euro fördert Österreichs internationale wirtschaftliche Verflechtung

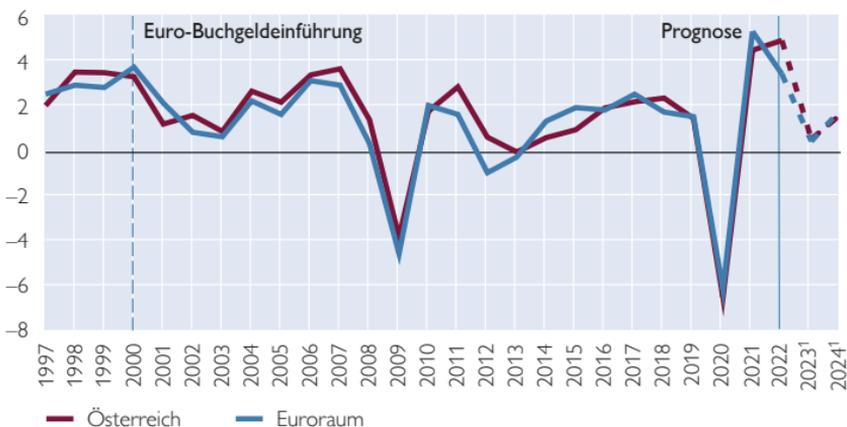
Direktinvestitionen in % des nominellen BIP



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Reales BIP in Österreich und im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, OeNB, IWF.

¹ Österreich: Prognose der OeNB vom Dezember 2022, Euroraum: Prognose des Eurosystems vom Dezember 2022.

Der Euro ist ein sicheres Zahlungsmittel

Der Euro ist auch als Bargeld für rund 9 Millionen Menschen in Österreich und rund 347 Millionen in Europa ein sicheres Zahlungsmittel. Die Euro-Banknoten sind weitgehend fälschungssicher: Im Jahr 2022 wurden in Österreich nur 3.971 Stück Fälschungen eingezogen.

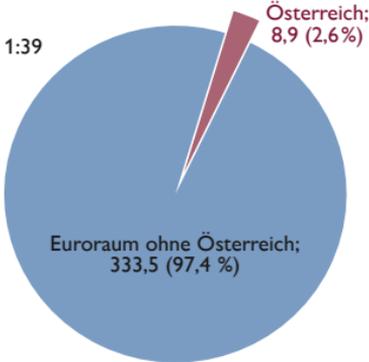
Schnell und sicher überweisen

Seit einigen Jahren wurde durch den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA der Zahlungsverkehr zwischen den Ländern des Euroraums schneller und sicherer. Mit der IBAN (International Bank Account Number) wurden Überweisungen in der Regel für die Konsumentinnen und Konsumenten auch billiger. Für Unternehmen bedeutet SEPA einen großen Kostenvorteil auf einem Binnenmarkt mit stetig zunehmendem Handel. Weiters ermöglicht ein Service mit der Bezeichnung TARGET Instant Payment Settlement (kurz TIPS) Kundinnen und Kunden von teilnehmenden Banken Überweisungen innerhalb weniger Sekunden durchzuführen, sodass die Empfängerin bzw. der Empfänger über den Betrag umgehend verfügen kann. TIPS wurde vom Eurosystem in enger Zusammenarbeit mit der europäischen Finanzindustrie entwickelt und steht interessierten Banken seit Ende 2018 rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung. Seit 2019/2020 nehmen bereits einige österreichische Banken an TIPS teil.

Österreich ist Teil eines leistungsstarken Wirtschaftsraums

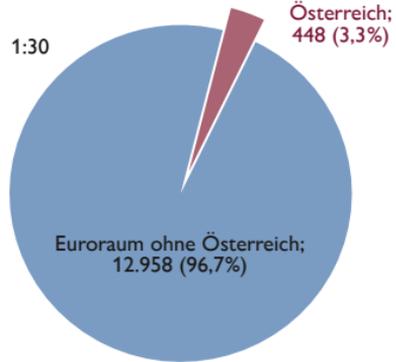
**Einwohner im Euroraum
(2021: rund 347 Mio)**

in Mio



**Wirtschaftsleistung im Euroraum
(2022: 13.406 Mrd EUR)**

nominelles BIP in Mrd EUR

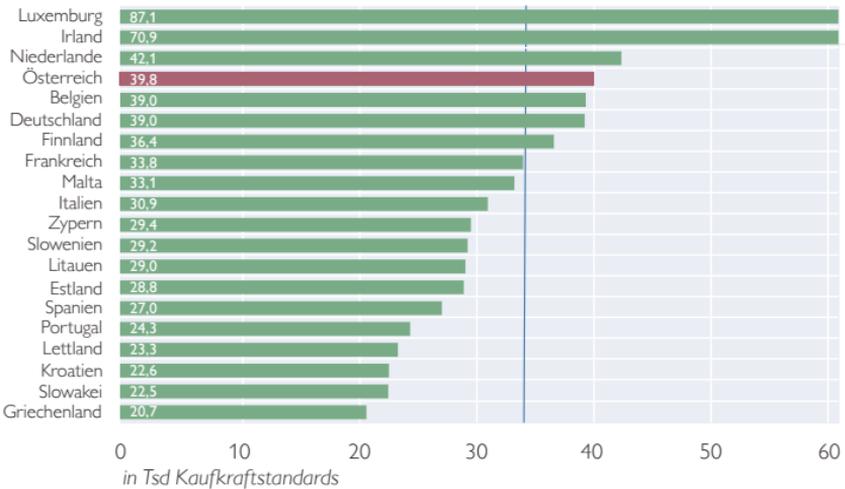


Quelle: Eurostat.

BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner

Stand: 2021

Euroraum-Durchschnitt: 33,9



Quelle: Eurostat.

Braucht Europa eine gemeinsame Währung?

Der europäische Binnenmarkt braucht eine gemeinsame Währung, damit er seine volle Wirkung entfalten kann. Mit dem Zusammenschluss von 20 Ländern zum Euro-Währungsgebiet entstand, gemessen am BIP, die nach den USA zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Der Euro verschafft dem Euroraum und der EU damit auch eine starke Stimme in der Weltwirtschaft.

Der Euro ist zu einer geschätzten Weltwährung geworden. Rund ein Viertel aller Währungsreserven werden in Euro veranlagt. Der Euro ist auch ein währungspolitischer Anker

Hohes Beschäftigungsniveau – niedrige Arbeitslosigkeit

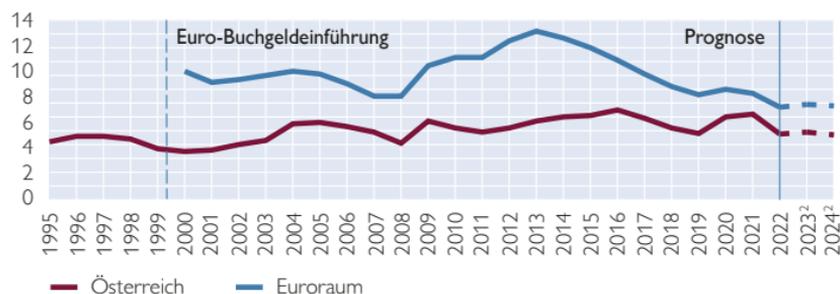
Erwerbstätige in Österreich

in Tsd



Arbeitslosenquote in Österreich und im Euroraum

in % des Arbeitskräfteangebots



Quelle: Eurostat, OeNB, IWF.

¹ Österreich: Prognose der OeNB vom Dezember 2022

² Euroraum: Prognose des IWF vom Dezember 2022.

für andere Währungen und in Zentral-, Ost- und Südosteuropa ein weit verbreitetes Zahlungsmittel geworden.

Die hohe wirtschaftliche Bedeutung und die besondere Rolle des Euro als Motor der europäischen Integration wurden jedoch von den Auswirkungen der Schuldenkrise ab dem Jahr 2009 überschattet. Der Euro hat dennoch nach wie vor alle seine Funktionen als Zahlungsmittel und Reservewährung erfüllt und dient der nachhaltigen Sicherung von Werten.

Die Staatsschulden in einigen Ländern des Euroraums sind durch die vor mehr als 10 Jahren eingetretene Finanz- und Wirtschaftskrise und zum Teil auch durch mangelnde Budgetdisziplin aus dem Ruder gelaufen. Jede stabile Währung braucht klare und glaubwürdige Rahmenbedingungen. Eine der Lehren aus der Krise zeigt, dass es einer noch stärkeren wirtschaftspolitischen Koordination bedarf. Voraussetzungen und Regeln für die Mitgliedschaft im Euroraum müssen strikt angewendet, von allen eingehalten und streng überwacht werden.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden initiiert?

Zur Lösung bestehender und zur Vermeidung künftiger Schuldenkrisen vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EU, die wirtschaftspolitische Steuerung der EU umfassend zu reformieren („Stärkung der Economic Governance“).

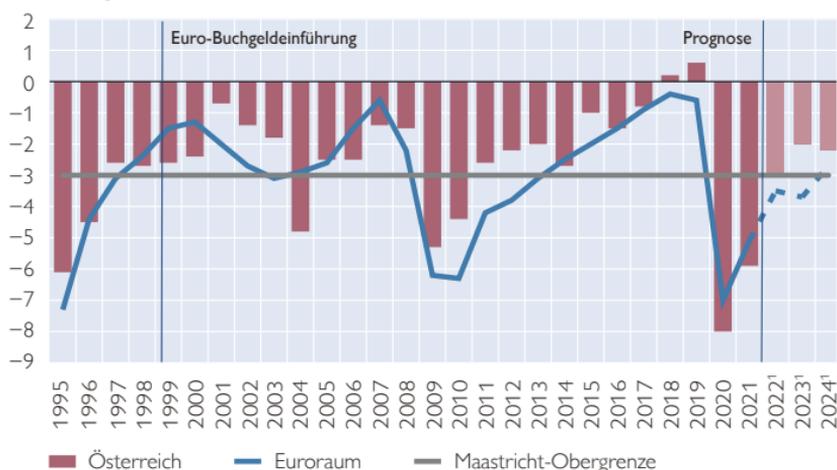
Land		Prüfziffern	Bankleitzahl	Kontonummer	ZAHLUNGSANWEISUNG
EmpfängerIn/Unterfirma	IBAN EmpfängerIn				
IBAN EmpfängerIn	AT 6 1 1 9 0 4 3 0 0 2 3 4 5 7 3 2 0 1				
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	Kann bei Zahlungen inner-		EUR	Betrag	Cent
Nur zum	BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank		Kann bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen		
Verwendungszweck	Name der Bank Land Ort Filiale				
IBAN KontoinhaberIn/AuftraggeberIn					

Diese Reform umfasst mehrere Reformblöcke. Der 1997 geschaffene Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der die Grundlage für den Euro bildet, wurde verschärft. Sowohl der präventive als auch der korrektive Arm des SWP sowie das Monitoring der nationalen Fiskalrahmen wurden gestärkt. Mit der Einführung des „Europäischen Semesters“ wurden die wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachungsmaßnahmen der EU zeitlich besser auf die nationalen Haushaltsverfahren abgestimmt und inhaltlich besser verzahnt. Um die Prävention von übermäßigen Defiziten und Schuldenständen weiter zu stärken, beschlossen alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs Anfang 2012 einen völkerrechtlichen Vertrag, den sogenannten Fiskalpakt. Dieser verlangt insbesondere, dass die Verpflichtung eines ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts von den Mitgliedstaaten in nationales Recht übergeführt wird. Dies gilt als erfüllt, wenn das um konjunkturelle Schwankungen und Einmaleffekte bereinigte gesamtstaatliche Haushaltsdefizit (strukturelles Defizit) 0,5 % des BIP nicht übersteigt. Für Länder mit Schuldenquoten unter 60 % erhöht sich das erlaubte strukturelle Defizit auf 1 % des BIP. Zudem wird mit dem Fiskalpakt die verpflichtende Rückführung der Schuldenquoten auf 60 % des BIP laut SWP ebenfalls im nationalen Recht verankert.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden diese fiskalpolitischen Maßnahmen allerdings ausgesetzt, da die EU auch in der Wirtschaft vor allem auf koordinierte politische Maßnahmen setzte, um die Folgen der Pandemie abzuschwächen.

Euro unterstützt solide Budgetpolitik in Österreich

Finanzierungssaldo in % des nominellen BIP



Quelle: Eurostat, BMF, Statistik Austria, IWF.

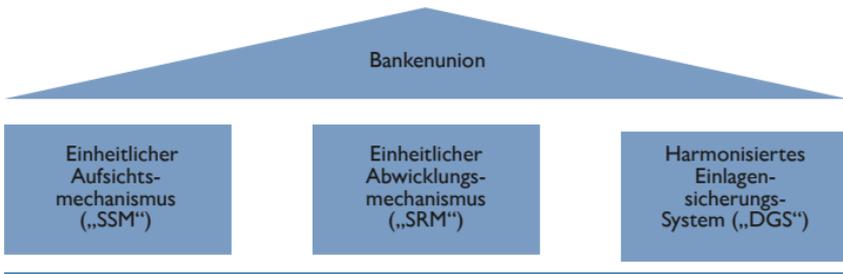
Österreich: Prognose des OeNB vom Dezember 2022. Euroraum: Prognose des Eurosystems vom Dezember 2022.

Eine dieser ersten sozioökonomischen Maßnahmen war der Vorschlag der Europäischen Kommission, die strengen EU-Haushaltsvorschriften flexibler zu bewerten und eine nicht so strikte Einhaltung zu tolerieren. Konkret wurde vorgeschlagen, die allgemeine Ausweichklausel des geltenden Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzusetzen. Das ermöglicht den Mitgliedstaaten, höhere Haushaltsdefizite zu machen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Kapazitäten der Gesundheitssysteme erhöht und die am stärksten von der Krise betroffenen Bürgerinnen und Bürger geschützt werden, ohne dabei fiskalpolitische Regeln zu brechen.

Diese Ausweichklausel wurde bei einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahr 2011 eingeführt. Die Aussetzung der Regeln ist grundsätzlich befristet und wird so lange angewendet, bis alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen getroffen haben.

Ferner wurde über die Haushaltsüberwachung hinausgehend eine Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte (Leistungsbilanz, Exportmarktanteile, Arbeitslosenquote u. a.) eingeführt. Deren Früherkennung, verbunden mit einem stringenten Überwachungsmechanismus, soll dazu beitragen, das Entstehen derartiger Ungleichgewichte, insbesondere von nicht tragfähigen Schuldenpositionen im privaten und öffentlichen Sektor, im Finanzsektor und gegenüber Drittstaaten, zu verhindern bzw. zu korrigieren.

Die drei Eckpfeiler der Bankenunion



Die EZB hat zur Bewältigung der Schuldenkrise unkonventionelle Maßnahmen gesetzt. Beispiele dafür sind die Bereitstellung von Tendern zur Liquiditätsversorgung der Banken im Euroraum sowie vor allem Ankäufe von Staatsanleihen von Euro-Ländern auf dem Sekundärmarkt bzw. auch von Unternehmensanleihen und anderen Wertpapieren. Mit all diesen Maßnahmen unterstützte die EZB die Kreditvergabe und förderte damit das Wachstum. Die im Jahr 2020 eingetretene COVID-19-Pandemie veranlasste die EZB, mit dem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) ein Pandemie-Notfallankaufprogramm zu initiieren, das Banken und Unternehmen – sowie die Wirtschaft allgemein – in der Krise unterstützen soll, damit diese besser zu bewältigen ist. Beide Ankaufprogramme sind inzwischen nicht mehr in Kraft und der Euroraum ist dabei, diese Bestände kontrolliert



wieder aus dem Markt zu nehmen. Zudem wurden Zins-erhöhungen beschlossen, um der hohen Inflation wirksam entgegenzutreten zu können.

Die vom Europäischen Rat Ende Juni 2012 skizzierte Vision einer Bankenunion stellt einen der wichtigsten europäischen Integrationsfortschritte seit der Europäischen Währungsunion dar. Die auf drei Säulen fußende Bankenunion besteht aus einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht, einem einheitlichen europäischen Mechanismus für die Abwicklung von insolventen Banken und einer harmonisierten Einlagensicherung. Die erste Säule, eine einheitliche europäische Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM) unter dem Dach der EZB, ist bereits seit 4. November 2014 operativ tätig. Die zweite Säule, der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM), ist ebenfalls schon umgesetzt worden. Der dafür eingerichtete Abwicklungsausschuss nahm mit 1. Jänner 2015 seine Tätigkeit auf, die entsprechende SRM-Verordnung trat mit 1. Jänner 2016 in Kraft. In Österreich wurde eine sogenannte Abwicklungsbehörde bei der Finanzmarktaufsicht etabliert, die in ihrer operativen Tätigkeit von der OeNB unterstützt wird.

Bei der harmonisierten Einlagensicherung (Deposit Guarantee Schemes, DGS) ist es zu einer weiteren Vereinheitlichung



innerhalb der EU gekommen. Für eine europaweite Einlagensicherung gibt es derzeit noch keinen politischen Konsens. Die einheitliche Aufsicht über die europäischen Großbanken macht den Finanzmarkt künftig sicherer, weil ein möglicher Bankenkollaps nicht mehr das ganze Finanzsystem bedroht.





OESTERREICHISCHE
NATIONALBANK

